

## Arbeitslos: Heute im Netz, morgen im Job

Vom 27.06.2003

**Frankfurt.** Das Frankfurter Arbeitsamt gibt Gas bei der Arbeitsvermittlung. Mit Hilfe der Datenautobahn sollen jetzt Arbeitslose schneller an einen neuen Job kommen. "Avoi" (Arbeitsvermittlungsoffensive innovativ) heißt das Gemeinschaftsprojekt des Arbeitsamtes mit der Hanauer Wili GmbH. Dabei werden Unternehmen, die Mitarbeiter suchen, parallel zur telefonischen Kontaktaufnahme visuell über das Internet geeignete Bewerber mit ihren Bewerbungsunterlagen vorgestellt. Hat der Personalchef Interesse an einem der Kandidaten, kann er einen Termin für ein Vorstellungsgespräch vereinbaren.

Wili-Geschäftsführer Hartmut Kiry betont vor allem die Schnelligkeit bei der Reaktion auf Stellenausschreibungen. Zwei Stunden nach deren Veröffentlichung könnten schon geeignete Bewerber für die Position präsentiert werden. Wer sich auf der Datenautobahn mittels "eSurf" anbietet, "hebt sich deutlich von der Bewerbermasse" ab, sagte Kiry. In dem in Hanau seit August 2002 laufenden Projekt nahmen bisher 450 Bewerber teil, die Vermittlungsquote beträgt 43 Prozent. In Frankfurt, wo das Projekt im April startete, umfasst die Avoi-Bewerberdatenbank 337 Arbeitssuchende, es kam bereits zu 180 Vorstellungsgesprächen, 17 Bewerber wurden direkt vermittelt, 14 indirekt. Der Frankfurter Arbeitsamtsdirektor, Hans-Peter Griesheimer, sieht diese Erfolge "rundum positiv". Arbeitsamtssprecher Uwe Skottke würdigte vor allem die Vermittlungsleistung in Hanau: Dort sei es in den ersten vier Monaten des Projektes gelungen, 120 Personen in Lohn und Brot zu bringen: "Und das in der extremen Arbeitsmarktsituation im Winter."

Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist der Service kostenlos. Das Arbeitsamt zahlt der Firma Wili bei einer erfolgreichen Vermittlung ein Honorar. Für einen unterschriebenen Arbeitsvertrag werden 1250 Euro fällig, übersteht der Kandidat die halbjährige Probezeit, werden weitere 1250 Euro gezahlt.

Wer in die Avoi-Bewerberdatenbank aufgenommen werden will, muss sich an seinen Arbeitsvermittler wenden, der dann die nötige Schritte einleitet. Der Bewerber muss auch mit der elektronischen Aufbereitung und Weitergabe seiner Daten einverstanden sein. Bewerbungsfoto, ein lückenloser Lebenslauf, aktuelle Zeugnisse und Zertifikate werden dann eingescannt und an Personalchefs per E-Mail versandt. Die via Internet versandten Daten und Dokumente können indes nicht vom Personalbüro heruntergeladen werden, so dass, wie die Wili-Marketing-Managerin Petra Simon-Wolf sagte, Datenmissbrauch ausgeschlossen sei. Während ein Arbeitsvermittler des Arbeitsamtes 800 bis 1000 Stellensuchende betreut, kümmert sich ein Willi-Mitarbeiter um rund 80 Arbeitssuchende. Er fragt auch nach, wenn es mit einer Einstellung nicht klappte, woran es gehapert hatte. Notfalls werden dann die Bewerbungsunterlagen noch einmal überarbeitet.

Das Angebot der elektronischen Bewerbung richtet sich laut Helmut Kubesch, Abschnittsleiter der Arbeitsvermittlung, an Berufe der mittleren und höheren Qualifikation, "vom angelernten Arbeiter bis zum Industriemeister." Zu den typischen Berufen der Vermittelten gehören: Friseur, Maschinenschlosser, Floristin, Maler und Lackierer, Bürofachkraft, Abteilungsleiterin Einkauf Damenmode, Kosmetikerin und Kfz-Mechaniker. Das Interesse der Arbeitslosen an Avoi ist groß. Bei der gestrigen Informationsveranstaltung kamen über 50 Interessenten, so dass der Veranstaltungsraum überfüllt war.

Doch trotz aller Vorteile von Avoi musste Kubesch vor allzu hochgesteckten Erwartungen warnen: "Neue Arbeit entsteht nicht, nur die Austauschprozesse beschleunigen sich." (tre)

## Deutschland steht vor neuem Pleiten-Rekord

Vom 27.06.2003

**Düsseldorf.** Ein neuer Pleitenrekord steht Deutschland in diesem Jahr nach Ansicht von Experten bevor. Zugleich soll sich der Anstieg der Insolvenzen aber leicht abschwächen. Die Neusser Wirtschaftsauskunftei Creditreform prognostizierte gestern in Düsseldorf für 2003 rund 100 000 Insolvenzen von Firmen und Verbrauchern. Das wären 18 Prozent mehr als im Vorjahr. 2002 hatte der Zuwachs gegenüber dem Jahr zuvor sogar bei 70,3 Prozent gelegen. Als Folge werden pleitebedingt rund 660 000 Arbeitsplätze wegfallen – sieben Prozent mehr als 2002.

Der größte Anteil an den Gesamtkonkursen werden 2003 den Erwartungen zufolge Verbraucherpleiten mit knapp 60 000 Fällen halten. Bei den Firmeninsolvenzen rechnet Creditreform mit einem Zuwachs von bis zu elf Prozent auf dann 42 000. In den ersten sechs Monaten kletterte die Zahl der Gesamtinsolvenzen gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 bereits um 19,9 Prozent auf 47 800. Darunter waren 19 200 Firmen, die den Gang zum Insolvenzrichter antreten mussten. Das waren 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der durch die Gesamtleiten von Firmen und Verbrauchern verursachte Schaden kletterte im gesamten Bundesgebiet im ersten Halbjahr um zehn Prozent auf 24,8 Milliarden Euro. Wie schon im Vorjahr trugen die westdeutschen Firmen mit 12,1 Milliarden Euro die Hauptlast der Schäden, wie es hieß. "Nach dem medienrächtigen Niedergang großer Konzerne im Vorjahr hat sich die Dimension der größten Zusammenbrüche 2003 aber verkleinert", stellte Creditreform-Hauptgeschäftsführer Helmut Rödel fest. Die drei größten Fälle seien bisher Grundig, Emtec Magnetics und die Urban Textilhandels GmbH.

Die weiterhin lahrende Konjunktur bremst auch die Gründungsaktivitäten. Laut Creditreform wurden im ersten Halbjahr 370 000 Unternehmen neu angemeldet. Das waren 14 000 oder 3,7 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Gewerbeabmeldungen leicht um 0,3 Prozent auf 330 000. Damit liegt der aktuelle Saldo aus An- und Abmeldungen bei 40 000 Unternehmen. Im Vorjahr standen unter dem Strich noch 55 000 Unternehmen.

Trotz sinkender Zahl der Neugründungen wurden im Berichtszeitraum 137 000 Arbeitsplätze geschaffen, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Allerdings gingen in den ersten sechs Monaten zugleich 310 000 Stellen durch Insolvenzen verloren, 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr. (vwd)

© Rhein-Main.Net, Online-Dienst der Frankfurter Neue Presse und des Journal Frankfurt

## RWE-Chef will Konzern verschlanken 1000 Stellen fallen Umbau zum Opfer

Vom 27.06.2003

**Essen.** Deutschlands zweitgrößter Energiekonzern RWE soll kräftig verschlankt werden. Schwerpunkt der am Donnerstag veröffentlichten neuen Konzernstruktur ist die Zusammenführung der bislang getrennten Strom- und Gasaktivitäten sowie der damit einher gehenden Bündelung von Erzeugung und Vertrieb in jeweils einer großen Führungsgesellschaft.

Von dem Umbau, der mit der Streichung von rund 1000 Stellen verbunden sein soll, verspricht sich RWE bis 2006 jährliche Kosteneinsparungen von 300 Millionen Euro. Insgesamt soll die Zahl der Führungsgesellschaften von 13 auf sieben verringert werden. "Unsere starke regionale Kundenorientierung ist der wichtigste Eckpunkt unserer neuen Konzernstruktur", erklärte Vorstandschef Harry Roels im Anschluss an die Sitzung der Aufsichtsräte in Essen. Den Umbau des Ruhrkonzerns mit seinen zahlreichen Führungsgesellschaften und Zwischenholdings hatte der neue Konzernchef schon kurz nach seinem Wechsel an die Spitze des Konzerns im Frühjahr angekündigt. Überraschend kam die Ankündigung damals nicht, da schon Roels Vorgänger Dietmar Kuhnt nach der milliardenteuren Einkaufstour des vergangenen Jahres die Strategie der Eingliederung und Verschlingung vorgegeben hatte.

Merck Finck-Analyst Philip Bonhoeffer sagte, die Restrukturierung sehe positiv aus. Die angekündigten Kosteneinsparungen von 300 Millionen Euro jährlich seien mehr als er erwartet habe.

In die neue Erzeugungsgesellschaft RWE Power werden den Angaben zufolge die bisherigen Geschäftsbereiche Rheinbraun (Braunkohle) und die Steinkohle- und Atomkraftstromerzeugung der ehemaligen RWE Power sowie die auf regenerative Energien spezialisierte Harpen eingegliedert. Die neue Gesellschaft mit einem Umsatz von rund zehn Milliarden Euro und rund 26 000 Mitarbeitern soll einen Doppelfirmensitz in Köln und Essen haben.

In der neuen Vertriebsgesellschaft RWE Energy werden die bisherigen Führungsgesellschaften RWE Plus, RWE Gas und RWE Net gebündelt. Dabei sollen die Übertragungsnetze von RWE Net in drei getrennten Gesellschaften für Strom, Gas und das tschechische Ferngasnetz betrieben werden. Mit dieser Lösung habe man die Weichen für die von der EU bis 2007 geforderte Verselbstständigung der Netze ("Unbundling") gestellt. RWE Energy wird mit rund 42 000 Mitarbeitern über 18 Milliarden Euro umsetzen.

In puncto RWE Gas gibt es RWE zufolge noch eine Reihe offener Fragen zu klären. Auch müsse man noch die Zustimmung der kommunalen Aktionäre von RWE Gas einholen. In der Branche hatte es zuvor geheißen, Roels und seine Kollegen hätten bis zur letzten Minute versucht, die Kommunen zu einer Zustimmung zum Umbau-Konzept zu bewegen. Die Kommunen, die noch 20 Prozent an RWE Gas halten, fürchteten offenbar, ihren Einfluss zu verlieren.

Eigenständig bleiben die beiden britischen Töchter Innogy und Thames Water. Dabei soll die Kooperation des Stromversorgers mit dem Wasserversorger intensiviert werden. Das Handelsgeschäft der RWE Trading bleibt ebenfalls als "Schnittstelle des Konzerns zum Energie-Großhandelsmarkt" auf eigenen Beinen stehen.

Die RWE-Aktie notierte am Nachmittag rund 0,4 Prozent schwächer bei 26,70 Euro.

© Rhein-Main.Net, Online-Dienst der Frankfurter Neue Presse und des Journal Frankfurt